

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 46 (1971)
Heft: 5

Artikel: Zwischen Krieg und Frieden
Autor: Wetter, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1080138>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Zwischen Krieg und Frieden

Der Erste Weltkrieg kostete 8 Millionen Soldaten und 1,3 Millionen Zivilpersonen das Leben. Ein Blutzoll, drei Mal so gross wie die damalige Gesamtbevölkerung der Schweiz.

Der Zweite Weltkrieg war noch schrecklicher als der erste. Es fielen 20 Millionen Soldaten auf den Schlachtfeldern und nahezu 30 Millionen Zivilpersonen durch Luftangriffe, Massenvernichtung, Partisanenkampf, Flucht und Vertreibung.

Zwei grosse Kriege. Dazwischen, vorher und nachher, unzählige Kleinkriege. Kriege nichts als Kriege, so weit wir selbst zurückdenken und so weit es eine geschichtliche Ueberlieferung gibt!

Zwischen 1800 und 1940, also im Zeitraum von 140 Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg, hatten in Europa 278 Kriege stattgefunden, das sind durchschnittlich zwei Kriege pro Jahr.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurden auf unserem Erdball bereits wieder über 60 begrenzte Kriege, kriegerische Auseinandersetzungen und Aufstände ausgefochten.

Man sollte meinen, wir seien gescheiter geworden und verständen, die Auseinandersetzungen auf friedliche Art zu lösen. Blicken wir aber um uns, so müssen wir feststellen, dass wir — wenigstens in Europa — in einer friedlichen, aber waffenstarrenden Umge-

**Von Oberstdivisionär E. Wetter
Waffenchef der Flieger- und
Fliegerabwehrtruppen**

bung leben. Die Heere sind gerüstet. Die Kriege könnten wieder ausbrechen.

Kein Militär — kein Krieg?

Es scheint naheliegend zu sein, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, wenn es kein Militär gäbe, würden auch die Kriege verhindert, denn nur mit Armeen lässt sich bekanntlich Krieg führen.

Von kurzem wurden Flugblätter an Schüler der oberen Klassen einer Grossstadt verteilt, worin es hiess: «Ein Weltfriede ist nur möglich, wenn alle Armeen abgeschafft sind.»

Als Waffenchef führe ich oft Gespräche mit Rekruten, um ihre Einstellung zur Landesverteidigung kennen zu lernen. Auf meine Frage: «Was halten Sie von unserer Armee?» bekomme ich unter anderen — auf einen vereinfachten Nenner gebracht — zwei Antworten. Die eine: «Die Armee ist ein notwendiges Übel». Die andere: «Man sollte das Militär abschaffen, wobei die Schweiz mit dem guten Beispiel voranzugehen hat. Kein Militär, kein Krieg.»

Auf den ersten Blick ist diese Folgerung sehr verlockend. Sie zeitigt auch

propagandistischen Erfolg. Mit dieser einfachen und radikalen Lösung könnte man gleich auch die Senkung der Steuern und eine sinnvollere Verwendung der Gelder erreichen.

Ist es tatsächlich so, dass die Abschaffung des Militärs den Frieden garantiert? Untersucht man die oben erwähnten 278 Kriege, muss man feststellen, dass nicht etwa die militaristischen und absolutistischen Nationen die meisten Kriege geführt hatten, sondern die mit demokratisch-parlamentarischer Prägung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich allerdings die Lage insofern geändert, als die kleinen kolonialistischen Kriege nicht mehr stattfinden und sich die militärischen Grundlagen wesentlich geändert haben. Besonders seit es atomare, biologische und chemische Waffen und entsprechende Waffenträger mit grosser Reichweite gibt, ist die Macht des Militärs gestiegen und wird damit zum Schlüsselpunkt jedes Machtstrebens und der Politik überhaupt.

Und doch wäre es falsch anzunehmen, dass eine Armee an sich und allein einen Krieg herbeiführe. Die Initiative zu einem Angriffskrieg liegt fast ausschliesslich bei der politischen Führung. Die Armee einer Nation ist ja nur ein Ausdruck, ein Mittel der politischen Macht. Wirtschaftsinteressen,

Bodenschätz, nationalistisches Streben oder ideologische Gegensätze sind nicht minder Quellen des Machthandlens.

Nein, die Abschaffung der Armeen bietet noch keine Gewähr für einen Frieden, «denn mit der Abschaffung der Rüstung und der Rüstungshändler wäre noch immer nicht der Krieg abgeschafft, der älter ist als jede Kanone und in viel tieferen Süchten und Forderungen wurzelt. Geben wir der Menschheit keine Kanonen mehr, so wird sie zu Pfeil und Bogen greifen. Und entzieht man ihnen auch diese, so werden die Völker sich ihrer Fäuste bedienen» (T. Caldwell).

Es ist eine Utopie, zu glauben, man könnte auf der ganzen Welt eine totale Abrüstung herbeiführen. Immer wird es Nationen geben, die stärker sind als die andern und die über militärische Kräfte oder Mittel verfügen.

Eine einseitige Abrüstung läge im Bereich der Möglichkeit, aber sie wirkt sich bedrohlich für die Erhaltung von Recht, Freiheit und Frieden aus. Keine Armee zu besitzen, wo andere Nationen wohl gerüstet sind, verleitet den Starken, über den Schwachen herzufallen. Es gibt dafür genügend Beispiele.

Im Gegenteil, eine gut ausgerüstete Armee trägt — in unserer unausgeglichenen Weltordnung — mehr zur Erhaltung des Friedens bei als keine Armee. Diese kriegsverhütende Wirkung haben wir Schweizer während des Ersten und Zweiten Weltkrieges erleben dürfen.

Wir müssen aus diesen Ausführungen erkennen, dass Soldaten nicht von vornehmerein Krieg bedeuten und dass mit der Abschaffung der Armeen der Friede nicht hergestellt ist. Die tiefen Ursachen, warum es zu Kriegen kommt, sind anderswo zu suchen.

Die Ursachen des Krieges

Eine erste Ursache liegt «in der Unordnung der Welt, an der die Böswiligkeit des menschlichen Herzens ihren schwerwiegenden Anteil hat.» Das Drama eines Krieges entsteht nicht erst dann, wenn Armeen aufeinander

prallen und die Kanonen losgehen, sondern es beginnt schon zwischen einzelnen Menschen. Um Kriege zu verhindern, müsste man zuerst den Menschen ändern, dass er frei ist von Neid, Hass, Machtgier und Streit. Aber das ist sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

«Kriege entstehen aus Konflikten, die aus Disputen springen, die auf Probleme zurückgehen, die sich ihrerseits auf Schwierigkeiten beziehen, die in den ganz gewöhnlichen Angelegenheiten wurzeln.

Um Kriege zu vermeiden, muss man daher dafür sorgen, dass die ganz gewöhnlichen menschlichen Angelegenheiten gelöst werden, damit daraus nicht Schwierigkeiten, dann Probleme und schliesslich Dispute und Konflikte entstehen, die zuletzt zu Kriegen entarten.» (Salvador de Madariaga)

Deutlicher lässt es sich nicht ausdrücken. Es wird ganz einfach gesagt, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen zuerst normalisiert und harmonisiert werden müssen.

Eine zweite Ursache, warum es zu Kriegen kommt, liegt in der sozialen Ungleichheit der internationalen Ordnung. Auf der einen Seite sind reiche Nationen, auf der anderen Lebensenge, Armut, Hunger. Das krasse Nebeneinander hoch- und unterentwickelter Gebiete führte oft zu Kriegen. Diese Verschiedenheiten sind kaum aufhebbar, denn es gibt keine weltpolitische Boden- oder Bevölkerungsreform. Aber durch vertrauliche internationale Zusammenarbeit, wie sie die Vereinten Nationen zum Ziele haben, lässt sich ein gewisser Ausgleich erreichen.

Eine andere Kriegsursache ist im hemmungslosen Nationalismus zu suchen. Das Nationalgefühl als politische Kraft hat mehr als einmal über Krieg und Frieden entschieden.

Als weitere wesentliche Ursache ist der Kommunismus anzuprangern. Heute besteht ein Kampf zwischen der kommunistischen Macht und der demokratisch-liberalen Macht, der in kalten und heißen Kriegen ausmün-

det, seit es den Kommunismus gibt. «Was will die kommunistische Partei? Worauf zielt ihre politische Strategie ab? Auf die Sowjetisierung der ganzen Welt! Hier haben wir den grundlegenden Faktor unserer Situation. Der Kommunismus wird sinnlos, wenn er nicht über die ganze Welt ausgedehnt werden kann. Diese Tatsache ist sowohl von Stalin wie von Lenin zum Ausdruck gebracht worden.» (Madariaga)

So sagte Stalin: «Das Ziel war: die Diktatur des Proletariats in einem Land zu festigen und dieses Land als Basis für die Überwältigung des Imperialismus zu benutzen. Jetzt dehnt sich die Revolution über die Grenzen eines Landes hinaus, damit hat die Epoche der Weltrevolution begonnen.»

Und Lenin: «Solange als sowohl Kapitalismus wie Sozialismus existieren, können wir nicht in Frieden leben. Schliesslich muss die eine oder die andere Ideologie triumphieren. Man wird entweder für die Sowjetrepublik oder für den Weltkapitalismus einmal den Grabgesang anstimmen. Also haben wir jetzt nur eine Atempause im Krieg.»

Eindeutiger kann man es nicht mehr sagen. Aber leider vergessen wir aus einem Wunschenken heraus allzu leicht, was der Kommunismus ist und will. Er will die Zerstörung unserer freiheitlichen Welt, um uns die Zwangsjacke des kommunistischen Systems anlegen zu können, wenn nötig mit Krieg.

Der schwere Weg zum Frieden

Wir haben erkannt, dass die Ursachen des Krieges grösstenteils in den zwischenstaatlichen Beziehungen liegen. Es gilt daher, diese Beziehungen auf weltweiter Basis zu fördern, um die krasse Ungleichheiten auszumerzen und die feindlichen Ausbrüche zu zügeln.

Das ist auch das Ziel der Vereinten Nationen, einer Institution, die viel kritisiert wird, weil sie anscheinend zu wenig erreicht. Man darf aber dabei nicht übersehen, welche Ziele die

UNO verfolgt und welche Wogen sie schon geglättet hat.

Die Vereinten Nationen beanspruchen zunächst nicht mehr zu sein, als eine «Maschinerie, welche die bestehende Ordnung weniger unheilvoll als in der Vergangenheit laufen lassen will, sofern die Regierungen und die Völker es wollen». Sie sind weder ein Weltstaat noch ein Weltgesetzgeber. Die UNO kann uns nicht eine Ära des wirklichen Weltfriedens bringen, aber sie vermag zur Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten einiges beizutragen.

Die UNO hat sich zum Ziel gesetzt:

- ... Duldsamkeit zu üben und zusammenzuleben in Frieden miteinander als gute Nachbarn,
- die Stärke zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu vereinigen,
- durch die Annahme von Grundsätzen und die Schaffung von Verfahren sicherzustellen, dass bewaffnete Macht nur noch im gemeinsamen Interesse eingesetzt wird,
- die internationalen Einrichtungen für die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts aller Völker zu verwenden ...

Die Vereinten Nationen haben — und das darf nicht übersehen werden — ausdrücklich darauf verzichtet, den Grundsatz der allgemeinen Abrüstung zu proklamieren, sondern begnügen sich, ein System der Rüstungsregelung zu suchen.

Artikel 25 der UNO-Satzung lautet: «Um die Herstellung und Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit mit der geringsten Inanspruchnahme der menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt für Rüstungen zu fördern, soll der Sicherheitsrat für die Aufstellung von Plänen verantwortlich sein, die den Mitgliedern der Vereinten Nationen zwecks Errichtung eines Systems der Rüstungsregelung zu unterbreiten sind.»

Daraus wird deutlich, dass die Staaten der Welt vernünftig begrenzte Rüstung nicht als erhebliche Kriegsursa-



Warten auf den Feind — oder auf den Frieden?

che betrachten, sondern vielmehr als einen unerlässlichen Ordnungsfaktor.

Die Schweiz darf bei der Suche nach den Ursachen des Krieges und bei der Verwirklichung der Friedensbestrebungen nicht abseits stehen. Wir haben uns bis heute sowohl der UNO ferngehalten wie auch unsere Sicherheit nur von traditionellen, das heisst rein militärischen Vorstellungen leiten lassen.

Konflikte müssen nicht unbedingt militärisch, sondern sie können auch gewaltlos ausgetragen werden. Es gilt daher, «den umfassend konzipierten Einsatz aller Kräfte der Nation zur Verwirklichung der politischen Ziele unseres Staates gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umgebung zu studieren und anzuwenden» (Botschaft des Bundesrates 1966).

Ein Ansatz ist vorhanden in den periodisch durchgeführten Landesverteidigungsübungen, in denen nicht nur die militärischen, sondern ganz ausgeprägt auch die im zivilen Bereich der Selbstbehauptung sich stellenden Probleme gelöst werden.

Sodann wurde eine Studienkommission für strategische Fragen gebildet, deren Bericht bereits vorliegt, aber noch nicht veröffentlicht wurde. In diesen strategischen Fragen muss auch die Friedensforschung enthalten sein.

Der Weg zum Frieden ist mit solchen Institutionen oder Hinweisen noch längst nicht gesichert.

Wir haben erkannt, dass es sowohl

menschliche wie zwischenstaatliche Hinderungsgründe gibt. Wie können diese überwunden werden?

Als der bekannte Professor der Philosophie, Karl Jaspers, im Jahre 1958 den Friedenspreis erhielt, war es naheliegend, dass er über den Frieden sprach. Ich möchte seine Worte kurz zusammenfassen, weil sie die tiefsten Erkenntnisse sind, die je über Frieden gesprochen wurden.

«Der Friede ist nur möglich als Weltfriede ... Friedenspolitik ist Weltpolitik. Diese Weltpolitik kann nur Erfolg haben unter Voraussetzungen, die jeder in sich selbst, die wir im eigenen Staate verwirklichen. In dem Masse, in dem wir dies tun, dürfen wir hoffen, dass die anderen uns entgegenkommen. Nie wird uns der äussere Friede als Geschenk durch blosse politische Operation zuteil werden.»

Jaspers kommt dann auf die drei Voraussetzungen zu sprechen, nämlich:

- Kein äusserer Friede ist ohne den inneren möglich
- Friede ist allein durch Freiheit
- und Freiheit ist allein durch Wahrheit.

Zum ersten «Kein äusserer Friede ohne den inneren» führt er aus: «Friede ist nicht Kampflosigkeit. Aber der Mensch kann den Kampf verwandeln aus gewaltsamem Kampf in den geistigen und in den liebenden Kampf. Der Friede beginnt im eigenen Haus. Der Weltfriede beginnt mit dem inneren Frieden in den Staaten.»

Zur zweiten Voraussetzung «Friede

Nisei – Amerikas unbekannte Minderheit

allein durch Freiheit» sagt Jaspers: «Der innere Friede der einzelnen Menschen und des einzelnen Staates ist durch Freiheit. Nur Freiheit ist zum Frieden fähig. Was aber ist Freiheit? Freiheit beginnt als Freiheit des Einzelnen, gewinnt gemeinschaftliche Gestalt in der republikanischen Regierungsart, behauptet sich gegen Unterdrückung durch fremde Staaten. Erst die Freiheit, dann der Friede der Welt!»

Und zur letzten Voraussetzung «Freiheit allein durch Wahrheit»: «Freiheit aber ist nichts aus dem Nichts. Sie ist nicht Willkür, nicht beliebiges Meinen. Erst in der Hingabe an Wahrheit ist erfüllte Freiheit möglich. Kein Friede ohne Freiheit, aber keine Freiheit ohne Wahrheit. Hier liegt der entscheidende Punkt. Wollen wir Freiheit und Frieden, so müssen wir in einem Raum der Wahrheit uns begegnen, der vor allen Parteiungen und Standpunkten liegt, vor unseren Entscheidungen und Entschlüssen.

Dass wir auf dem Weg zur Wahrheit sein können genügt, um Mut zu gewinnen durch den Zusammenhang, von dem wir ausgingen: Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich. Daher ist die Unwahrheit das eigentlich Böse, jeden Frieden vernichtende: die Unwahrheit von der Verschleierung bis zur blinden Lässigkeit, von der Lüge bis zur inneren Verlogenheit, von der Gedankenlosigkeit bis zum doktrinären Wahrheitsfanatismus, von der Unwahrhaftigkeit des Einzelnen bis zur Unwahrhaftigkeit des öffentlichen Zustandes.

Das letzte Wort bleibt: Die Voraussetzung des Friedens ist die Mitverantwortung eines jeden durch die Weise seines Lebens in Wahrheit und Freiheit. Die Frage des Friedens ist nicht zuerst eine Frage an die Welt, sondern für jeden an sich selbst.» So Professor Jaspers anlässlich der Überreichung des Friedenspreises.

Wir erkennen daraus, dass der Weg zum Frieden nicht ein einmaliger Akt sein kann, sondern eine niemals endende Tätigkeit ist.

Von Julian Makaroff

Die Neger bilden zwar die grösste, aber keineswegs die einzige nichtweiße Rassengruppe in den USA. Neben den Indianern, den spanischsprechenden, meist dunkelhäutigen Puertoikanern und Mexikanern sowie den in Alaska lebenden Eskimos und Aleuten gibt es auch die «amerikanischen Orientalen», deren Existenz wegen ihrer geringen Bevölkerungszahl (nur noch etwa 0,5 Prozent der US-Gesamtbevölkerung) ausserhalb den USA auch heute noch kaum bekannt ist. Angesichts der stets wachsenden Rassenspannung zwischen Weissen und Negern in Amerika scheint es angebracht, die Situation der US-Orientalen einmal mit jener der US-Neger zu vergleichen.

Die amerikanischen Orientalen sind die Nachkommen fernöstlicher Einwanderer, meist Japaner, Chinesen und Filipinos, die vor dem Ersten Weltkrieg in grosser Zahl nach den USA strömten. Damals standen die Türen zu diesem Land der Verheissung nach dem Grundsatz «Wer zuerst kommt, mahlt zuerst» aller Welt noch weit offen. Diese grosszügige US-Einwanderungspolitik wurde auch von den fernöstlichen Einwanderern bis etwa 1924 nach Kräften ausgenutzt. Als die US-Regierung jedoch über den stets steigenden gelben Zustrom schliesslich beunruhigt wurde, schob sie durch den berühmten «Yellow Exclusion Act» (Gesetz über die Ausschliessung gelber Einwanderung) dieser Zuwanderung einen Riegel vor. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann wieder ein ganz dünnes Rinnsal fernöstlicher Einwanderung zu fliessen und zwar dank dem Inkrafttreten des «McCarran-Walter Immigration and Nationality Act» von

1952. Das neue liberalisierte US-Einwanderungsgesetz, das von Präsident Johnson vorgeschlagen und am 3. Oktober 1965 unterschrieben wurde, hat inzwischen die Tore Amerikas für Einwanderer aus dem Fernen Osten noch weiter geöffnet.

In diesem Bericht ist vor allem von den in Amerika geborenen und aufgewachsenen Japanern (dort «Nisei» – japanisch: die zweite Generation – genannt) die Rede. Zwischen ihnen und den «echten» Japanern besteht ein psychologischer Unterschied, der grösser ist als derjenige zwischen weissen Amerikanern und Europäern. Der einzige physische Unterschied zwischen den in Amerika geborenen und aufgewachsenen Japanern und den Japanern in Japan besteht dagegen darin, dass die ersteren durchschnittlich etwa zehn cm grösser sind, was wohl eine Folge der besseren amerikanischen Ess- und Lebensgewohnheiten sein dürfte. Schon seit zwei bis vier Generationen in Amerika ansässig, sprechen die meisten der dort geborenen und aufgewachsenen Japaner kein Japanisch. Ihre Sprache, ihre Denkart, ihre Gewohnheiten, ihre Sitten und ihre allgemeine Verhaltensweise sind nicht japanisch, sondern amerikanisch, und gemäss der US-Staatsverfassung sind sie, wie alle in den USA geborenen Kinder ausländischer Eltern, gebürtige amerikanische Staatsbürger.

Die in den USA geborenen Japaner befinden sich also in einer ähnlichen Lage wie die US-Neger; sie sind beide Nichtweisse, und wie die US-Neger keine Afrikaner sind, so sind die Nisei auch keine «Japaner». Die amerikanischen Neger (Afroamerikaner) haben kein Heimweh nach Afrika, die